

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anzeiger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeitungs- oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., sonstige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 2 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

## Nützliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 55.

Donnerstag, den 6. März 1919.

26. Jahrg.

### Nationalversammlung.

Weimar, 5. März 1919.

21. Sitzung, Nachmittags 3.50 Uhr.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Erzberger, Landsberg u. a.

Eingegangen ist der Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes und ein Gesetzentwurf, betreffend Regelung der Kohlenwirtschaft. Die Interpellation Nr. 11 a d i u. Gen. (DN.), betr. Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe wird abgelehnt, nachdem Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß die Regierung die Interpellation später beantworten wird.

Es folgt die Interpellation Arnstadt und Gen. (DN.), betr. die Zustände in der Provinz Posen.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort:

Frau Dr. Schirrmacher (DNV.): Die Begründung der Interpellation liegt in der Not und Gefahr der Ostmark. Auf der ganzen Demarkationslinie ist die deutsche Bevölkerung in Angst und Not. Zehntausende sind aus den Heimatgebieten gedrängt. Ihre ganze Habe haben sie zurücklassen müssen. Vom Osten sind sie hin zu Verwandten und zu Freunden, aber auch zu Fremden, und Sie können sich selbst ausmalen, was das bei der herrschenden Wohnungsnot und Nahrungsmittelnot bedeutet. Qualvolle Nächte erleben unsere Volksgenossen aus diesem Gebiet, wo tagaus, tagein geschossen wird. Und doch sind diese Deutschen noch beneidenswert; denn sie sind doch noch unter deutschem Schutz. Was es aber bedeutet, jenseits der Demarkationslinie unter polnischer Herrschaft zu leben, das erleben wir aus den zahllosen Nachrichten, die uns zugehen. In dem von den Polen besetzten Gebiet besteht keine deutsche Verwaltung mehr. Die deutschen Hoheitszeichen sind entfernt. Deutsche Straßennamen und Wegweiser werden polnisch gemacht und dann beginnt jetzt eine Rückwanderung der im Westen befindlichen polnischen Bevölkerung, die man vor dem Krieg auf ungefähr 200 000 schätzte. Diese Leute kehren jetzt in die Ostmark zurück, um das polnische Element zu verstärken, um bei einer Abtötung beweisen zu können, wie stark Polnisch-Posen ist. Hunderten von Lehrkräften von öffentlichen wie von Privatschulen, wird zum 1. April gekündigt und vor ihnen steht Hunger und Not. Die Gerichte sind einseitig mit Polen besetzt und daraus ergibt sich eine völlige Rechtslosigkeit der Deutschen. Die Aushebung der 18- und 19jährigen zum polnischen Heer erstreckt sich auch auf Deutsche. Man zwingt unsere Volksgenossen so zum Landesverrat. Die Deutschen werden zur Flucht getrieben und den Geflüchteten wird alles geraubt. Die deutschen Gebiete werden von den Polen als feindliches Gebiet behandelt. Die deutschen Dörfer und Städte werden mit hohen Kriegsteuern belegt. Alle Deutschen sollen von ihrem Einkommen 50 Proz. Steuern für die Ausrüstung des polnischen Heeres zahlen. Die Lebensmittel werden den Deutschen genommen und nach Kongress-Polen ausgeführt. Durch die Abschneidung Polens ist die Ernährung ganz Deutschlands außerordentlich verschlechtert. Dazu liefert der Verband noch Lebensmittel für Polen über Danzig. Man spricht zwar auch von Lieferungen für Danzig. Ich weiß nicht, wie es damit steht. Die Waffenstillstandskommission muß unbedingt darauf drängen, daß der Vertriebskanal für die Lieferung von Lebensmitteln zu Deutschlands Gunsten dauernd erhöht wird. (Leb. Zitt.)

Reichsminister Erzberger: Namens der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung zu der Interpellation abzugeben: Es ist mit General Dupont verabredet, daß nicht allein die Feindseligkeiten aufhören sollen, sondern daß Offiziere beider Parteien, für die deutsche Heeresverwaltung deutsche Offiziere abgestellt werden, um Verletzungen der im Waffenstillstandsvertrag angenommenen Demarkationslinie zu verhindern. General Dupont hat erklärt, daß zu diesem Zweck auch Offiziere der Alliierten längs der Demarkationslinie wirken würden. Die Durchführung des Schutzes der deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie ist Gegenstand der besonderen Bemühungen der Waffenstillstandskommission. General Dupont hat sich verpflichtet, bei den Alliierten dafür einzutreten und Verhandlungen über die Einzelheiten dieser Fragen finden heute in Bromberg statt. Von unserer Seite nehmen daran teil Bevollmächtigte der Waffenstillstandskommission und Delegierte des preussischen Staatsministeriums. Der Schutz von Leben und Eigentum dieser deutschen Bewohner ist nicht nur Pflicht der deutschen Regierung, sondern auch der alliierten Regierungen, welche gegen alle polnischen Übergriffe einschreiten werden. Alle Geiseln sollen freigelassen werden, sofern kein staatsrechtliches Verfahren eingeleitet ist. Die Rückkehr der geflüchteten Deutschen in ihre Heimat soll von den Alliierten gesichert und der Schutz ihres Eigentums gewährleistet werden. Sämtliche Übergriffe der Polen auf dem Gebiete der Rechtspflege werden unerwünscht der interalliierten Kommission mit dem Erlauchen um Abhilfe mitgeteilt. Bisher hat der militärische Bevollmächtigte bei der Waffenstillstandskommission das Bestreben gezeigt, bei der interalliierten Kommission darauf hinzuwirken, daß solche Übergriffe sofort abgestellt werden. Einer der wichtigsten Programmpunkte der deutschen Regierung zum Friedensschluß ist der Schutz der nationalen Minderheiten, der Aufrechterhaltung der deutschen Kultur, Sprache und Religion solcher Minderheiten im Ausland. Diese Forderung wird am besten dadurch begründet, daß für die bei uns wohnenden nationalen Minderheiten dieselben Freiheiten gewährt werden, die wir für unsere deutschen Volksgenossen und nationalen Minderheiten in anderen Ländern verlangen. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit.) Der Abschluß des Waffenstillstandes, den die Interpellanten als eine Schmach bezeichneten, war eine harte Notwendigkeit. Es ist richtig, daß der Respekt vor der deutschen Regierung gesunken ist. Die Hauptursache dafür ist, daß 16 000 deutsche Soldaten mit 100 000 Offizieren in Warschau ausgerissen sind vor 800 Polen. Dieses wenig tapfer Verhalten des Generals Bessler hat dem deutschen Ansehen den schwersten Schlag verleiht. (Zuruf rechts: Das ist eine Kränze der Revolution.) Nein, das ist vorher geschienen. Diese Minder einer deutschen zwangsigen Wehrmacht vor schmachbewaffneten polnischen Freischärlern hat das deutsche Ansehen

am meisten geschwächt. Ich richte an das deutsche Volk die Mahnung, sich zur entschlossenen Verteidigung des Vaterlandes aufzusaffen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Nachdem noch ein Vertreter der preussischen Regierung gesprochen, findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, die Redezeit auf 25 Minuten zu beschränken. Das Haus ist damit einverstanden.

Schulz-Posen (Soz.): Ich habe genug mit den Polen verhandelt und ich muß sagen: So viele Verhandlungen, so viele Wortbrüche. Frau Schirrmacher geht etwas zu weit, wenn sie meint, die Polen hätten unter der alten Regierung nicht gewagt, sich zu erheben. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir jetzt den Zusammenbruch dessen erleben, was seitens der preussischen Regierung früher gesündigt worden ist. Es hat schon fortgesetzt bei den Polen gegärt, wenn eine Unterdrückung nach der anderen kam. Ich brauche ja nur an die Enteignung und an das Verbot der Muttersprache zu erinnern. Die heutigen Interpellanten haben diese Politik der Regierung nicht nur unterstützt, sondern direkt gefördert. (Sehr richtig! links.) Auch während des Krieges ist noch eine Dummheit über die andere gemacht worden. Die größte Kurzsichtigkeit auf deutscher Seite war, daß man den Polen ein selbständiges Königreich versprach. (Sehr richtig! links.) Die polnischen Drahtzieher in der Provinz Posen haben ganz systematisch gehandelt, als die Revolution kam, war alles schon für und fertig vorbereitet. Die Bildung unseres Heimatlandes war nicht schuld an der polnischen Erhebung. Konstant erklärte uns bei den Verhandlungen selbst, die polnische Volkseele liege im Kochen und könne nicht mehr gebändigt werden. Es fragt sich nun, wie läßt sich aus der Sache herauskommen? Da meine ich, man wird versuchen müssen, für das ganze zweisprachige Ostgebiet eine paritätische Verwaltung einzuführen. Wenn man im Gegensatz zu der alten Regierung Menschenrechte und Volksrechte achtet, wird es möglich sein, daß die Polen neben den Deutschen und die Deutschen neben den Polen wohnen können. (Beifall links.) Zur Frage der Demarkationslinie möchte ich noch bemerken, daß östlich derselben noch rein deutsche Gebiete liegen, die niemals von den Polen besetzt gewesen sind. Insbesondere bitte ich die Regierung dringend, dafür zu sorgen, daß die Stadt Birnbaum als westlich der Demarkationslinie liegend betrachtet wird. An unsere deutschen Brüder der Ostmark möchte ich von dieser Stelle aus die dringende Bitte richten, sich, soweit sie wehrfähig sind, in noch größerer Zahl als bisher zum Eintritt in die vorläufige Reichswehr zu bewegen.

Sagave (Z.): Auch östlich der Demarkationslinie liegen noch rein deutsche Gebiete. Die Polen sollten durch Nachbarn sich nicht verleiten lassen, Lebensmittel aus Posen zurückzuhalten und dadurch die Hungernot in Deutschland zu befestigen. Hunger ist der Vater des Bolschewismus. Wenn dieser auch in Deutschland zur Herrschaft gelangt, dann ist das Schicksal Polens besiegelt. Die gegen Deutschland gerichtete Politik gefährdet aber auch den Stand der katholischen Kirche im Osten. Die deutsche Reichsregierung sollte daher den apostolischen Stuhl erluchen, seinen Einfluß bei den Polen geltend zu machen, daß sie ihre Feindseligkeiten und Grausamkeiten gegen die deutsche Bevölkerung unterlassen. Die Zukunft des deutschen Volkes kann nur durch eine Verständigung mit Deutschland gesichert werden.

Herrmann-Posen (DNV.): Als die Revolution kam, hatten die Polen schon alle Vorbereitungen getroffen, um ihren Ansprüchen praktischen Nachdruck zu geben durch ihre Organisation der Volksräte. Sie erschienen dann auch vollständig gerüstet auf dem Plan, um in wenigen Stunden die militärische Macht in Posen und in der ganzen Provinz an sich zu reißen. Der mangelhafte Rechtsschutz der Deutschen im Demarkationsgebiet ist ein besonders reges Kapitel. Das Posen kulturell und wirtschaftlich eine deutsche Bildung ist, ist über allen Zweifel erhaben und auch ethnographisch ist es unzweifelhaft deutsch. Wenn wir wirklich einen Rechtsfrieden bekommen, brauchen wir uns um den Osten und die Ostmark keine Sorge zu machen. Aber mir erscheint dies sehr zweifelhaft. Ich hoffe, daß die Regierung alle Vorbereitungen getroffen hat für den Fall, daß eine Volksabstimmung in den Ostmarken notwendig ist. Die Polen sollten nicht vergessen, daß wir einen gemeinsamen feindlichen Feind, den Bolschewismus, haben und daß wir beide als Nachbarn in jeder Beziehung aufeinander angewiesen sind.

Dhler (DNV.): Die Polen hatten die Demarkationslinie nicht. Erst vor einer halben Stunde habe ich zwei Telegramme über neue Angriffe der Polen erhalten. Man vergesse nicht, daß unsere heiße Liebe zum Vaterlande ins Gegenteil umschlagen kann. Wenn wir nicht einmal wissen, wo wir unser Haupt hinlegen sollen, dann wird sich die Liebe in Fluch gegen unser Volk umwandeln.

Abgeordneter Beuermann (DNV.): Die Notlage unserer Volksgenossen in der Ostmark ist in der Tat erbärmlich. Die Regierung erwartet alles von den Verhandlungen in Bromberg. Wir können aber von dieser Entenkommision nicht unser Heil erwarten. Wir fürchten, daß diese Herren den Aufstellungsplan schon fertig mitgebracht haben.

Abg. Dr. Cohn (Unabh.): Was jetzt den Deutschen von den Polen geschieht, ist genau so zu verurteilen, wie das, was früher den Polen von den Deutschen geschah. Die Polen haben allerdings ein großes Talent in ihrer Presseagitation, einen Tatbestand in das Gegenteil zu verkehren. Infolge der Anti-Polenpolitik kam der Haß der Polen zum Ausdruck, als Deutschland Wehrmut der Polen auf deutscher Seite eine kleinmütige und schwache Politik gegenüber, die sich in Mutilität und Würdelosigkeit Angliederung an die Entente erspäht. Ein Grenzschutz wird nur soweit gerechtfertigt sein, als es gilt, hungernde und plündernde Banden aus Kongresspolen abzuwehren. Der Abgeordnete Cohn schloß mit heftigen Angriffen auf Minister Erzberger.

Minister Erzberger: Die Angriffe des Abgeordneten Cohn berühren mich nicht. Er wirft uns eine kleinmütige Politik gegen die Polen vor und polemisiert dagegen, daß wir eine Reichswehr schaffen. Wo bleibt da die Logik? Wer hat den Grenz-

schutz im Osten unmöglich gemacht? Die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Abg. Schulz-Bromberg (DNV.): Es ist nicht wahr, daß in der Ostmark ein gekränkteres polnisches Volk gelebt hat. Die jetzigen Zustände haben ihre Ursache in der Errichtung des Königreichs Polen, welche die Mehrheit des Reichstages gestiftet und überhaupt möglich gemacht hat.

Abg. Baerwald (DNV.): Die Militärpartei hat im November 1916 das Königreich Polen errichtet. Die Demarkationslinie ist für uns Deutsche außerordentlich ungünstig. Wenn wir polnisch werden, erwartet unter ein Rückschritt zur Unkultur, wir wir sie vor mehr als hundert Jahren erlebt haben.

Abg. Davidsohn (Soz.): Wir werden zu einer schiedsrichterlichen Verständigung mit den Polen kommen müssen, wie bei der Tatjachen gegenwärtig auch aufeinanderstehen werden.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

Abg. Erke (DNV.): Durch die Erlasse, monach die Deutsche zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissensnot gekommen. Sie verlangt von der Regierung und Nationalversammlung klare Weisungen, wie sie sich diesen Bergwärtigungen gegenüber verhalten soll.

### Vollkommenes Hungernot, Frieden!

Nach den Berichten, welche die alliierten Delegierten in Paris erhalten haben, steht Bayern an dem Vorabend einer bolschewistischen Revolution. Der Zehner-Nat hat Hoover zu fliehen und wird darum ersuchen, Lebensmittel sofort mit größter Eile nach München zu bringen, um dem Ausbruch der Revolution abzuwehren. Oswald Billard hat seine Forderungen um Lebensmittel wiederholt, da München sonst bis Ende März a Hunger zugrunde geht. Es wird berichtet, daß eine Anzahl russischer bolschewistischer Agenten in Bayern festgenommen ist, welche die Zustände anzetteln. Ausbrüche ähnlicher Unruhe werden in Böhmen erwartet. Um sie zu vermeiden, wird die tschechische Regierung energische Aktionen vorbereiten.

In Laibach ist befohlen worden, daß weder die Italiener noch die Jugo-Slawen die Durchfuhr der Lebensmittelzüge irgend wie behindern dürfen. Berichte aus Prag, Budapest und Wien zeigen, daß die Vorräte und Reserven an Lebensmitteln tatsächlich erschöpft sind. Die Arbeitslosigkeit ist überall zerlumpte, hungrige, verkommene Massen zeigen überall Reizung zur Plünderung und zum Raub. Man hat die Serben gewarnt, daß irgendein Versuch, den Bahntransport von Italien abzuschneiden, auf das ernsteste ihre Ansprüche auf der Friedenskonferenz beeinträchtigen könnte und vielleicht zu einer bewaffneten Intervention führen könnte.

Ein von der Hamburger Gewerkschaften aufgestandener Streikpud an den Reuiger „Gerard“ befragt: Ich bin von hoher Stelle informiert, daß jedes Komitee mit der größten Eile anzutreten, nicht nur um die Wurzeln von Ungeheuerheiten zu übersehen, sondern um vollständig den Friedensvertrag sogar noch vor dem 1. April fertigzustellen. Noch vor ganz wenigen Tagen erwarb man förgern die Möglichkeit des Friedensschlusses Anfang April, doch jetzt ist es eine Gewissheit, daß das Detouement schon während der letzten zehn Tage im März fertig für die deutschen Augen sein wird. Der Glaube in den offiziellen Kreisen wächst, daß man den Deutschen niemals erlauben wird, den Bolschewiken beizumohnen, sondern daß diese nur mit dem Konferenzkomitee zu verhandeln haben. Wenn der Friedensvertrag unterzeichnet ist und der Welterbum und andere Gegenstände zur Beratung stehen, dann mag es sein, daß man die Deutschen zuläßt, wenn nicht entgegengesetzte Umstände es verhindern. — Wie gnädig!

### Allgemeines Stimmungsbild über Berlin

Im Arbeiterrat Groß-Berlins erstattete Richard Müller den Bericht der Streikleitung. Die Kommunisten sind aus der Leitung ausgeschlossen. Die Milchzufuhr ist gesichert worden, leider sei die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr augenblicklich unterbunden. Diejenigen Drucker, welche Lebensmittelkarten und Banknoten herstellen, seien vom Streik ausgeschlossen. Die Plünderungen und Räubereien ständen mit den Streikenden in keinem Zusammenhang, hätten aber zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt. Ein kommunistischer Redner teilte mit, daß die Unruhen durch Regierungstruppen hervorgerufen seien. Diese hätten die Redaktion und Druckerei der „Roten Fahne“ nicht nur besetzt, sondern auch verpulvert. Ein unabhängiger Redner erklärte: In einer Millionentstadt seien bei einer Generalfestung verurteilenswerte Exzesse nicht zu vermeiden. Der Belagerungszustand rege die Leute nur auf. Die weitere Debatte beschäftigte sich dann damit, daß die „Freiheit“ streike, die „Roten Fahne“ unterbunden sei, der „Vorwärts“ aber weiter erdrene. Man verlangte, daß nur das Mitteilungsblatt der Streikleitung erscheinen solle, und eine Anzahl Redner wünschte auch „Allgemein“ Einstellung der Zeitungen mit Ausnahme der Untruditaler. Gegen eine derartige Ausnahmebehandlung wandten sich die Vertreter der Buchdrucker. Schließlich wurde der Antrag der Kommunisten, daß nur die sogenannte revolutionäre Presse erscheinen solle, abgelehnt. Das tägliche Erscheinen des Mitteilungsblatts wird beschlossen. Gegen die Zerstörung der „Roten Fahne“ und die Besetzung ihrer Druckerei wurde Protest erhoben. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion verlangte eine Fest-



# Politische Rundschau.

Deutschland.

## Ueber die Frage des Räteystems

wurde in Braunschweig eine Urabstimmung der organisierten Arbeiterschaft angenommen. Es wurden 3841 Stimmen für die sofortige, 3015 Stimmen für die spätere Einführung des Räteystems abgegeben. 116 Stimmen waren ungültig.

## Wirrwarr in München.

Die Nachrichten aus München laufen sehr spärlich ein; der Verkehr ist fast völlig unterbrochen. Die wenigen Meldungen deuten auf einen völligen Wirrwarr hin. Der Rätekongress nahm am Montagabend einen Antrag Landauer (Spartakist) an, monach den Stadtkommandant Dürr (Reich-Soz.) seines Amtes zu entsetzen. Jedoch befindet sich Dürr, hinter dem die ganze Münchener Garnison steht, einweilen noch im Amte. Die Mitglieder sämtlicher Münchener Truppenteile versammelten sich in der Stadtkommandantur und erklärten, daß Dürr ihr volles Vertrauen genießt. Sie lehnen es ab, mit den Spartakisten und Kommunisten zu arbeiten und erklärten, daß sie aufs heftigste dem Terror der Straße und einer gewissenlosen Clique entgegenzutreten würden. Ferner verlangen sie eine andere Handhabung der Pressezensur (sie beschließen also noch immer — Freiheit unter Sparta!), die jede Partei zu Worte kommen läßt. Die Stadtkommandantur ist militärisch abgesperrt. — Der Rätekongress geht tageweise mit einer Proklamation vor, in der er sich als höchste Instanz in Bayern bezeichnet, die die Gewalt in Händen habe und sich darüber beschwert, daß „unverantwortliche Elemente“ die auswärtigen Garnisonen erfolgreich gegen München aufgebracht hätten. Der zum Militärminister ernannte Mehrheitssozialist Schneppenhorst, der Stadtkommandant Dürr und ein Teil der republikanischen Sängtruppen werden „gegenrevolutionärer Bestrebungen“ bezichtigt. Angeblich soll statt Schneppenhorst Seib zum Kriegsminister ernannt worden sein. — Der Rätekongress befindet sich noch immer in Freiheit.

## Oesterreich.

Zum Präsidenten der Nationalversammlung wurde Genosse Seib gewählt.

Politische Streiks und Straßenkämpfe. Anlässlich Nachrichten zufolge ereigneten sich in Sternberg blutige Zusammenstöße zwischen tschechischem Militär und der Zivilbevölkerung. Mehr als zehn Zivilisten und mehrere tschechische Soldaten wurden getötet. — In Schlesien und Nordmähren fand anlässlich des Zusammentritts der Deutschösterreichischen Nationalversammlung als Protest gegen die Verhinderung der Wahlen ein Demonstrationstreik in allen Städten und Gemeinden statt. Die Arbeit und der Verkehr ruhte, die Geschäftslokale wurden geschlossen. In Troppau kam es zu Unruhen, die durch tschechische Legionäre brutal auseinandergetrieben wurden. Eine sozialdemokratische Versammlung wurde vom Militär aufgelöst. Der Abgeordnete Sokel, der in der Versammlung sprach, wurde verhaftet.

## Rußland.

Ueber die gegenwärtigen Zustände in Petersburg hat der in diesen Tagen in Stockholm eingetroffene schwedische Generalkonsul Bericht erstattet. Danach beginnt es in Petersburg jetzt allmählich ruhiger zu werden. Die Ordnung wird im großen und ganzen von der Miliz aufrechterhalten. Gewalttaten und Diebstähle gibt es fortwährend, aber in bedeutend geringerem Umfang. Der Konsul konnte eine große Menge Mobiliar und andere Gegenstände, die die Gefandtschaft für die Rechnung deutscher Staatsbürger unter ihrem Schutze hatte, mitnehmen. Die Deutschen, die ihre Sachen selber verwalteten, haben alles verloren. Deutsche gibt es sowohl in Petersburg wie in Moskau ziemlich viel. Sowohl in diesen beiden Städten wie auch in vielen anderen Orten gibt es deutsche Soldatenräte. Der Generalkonsul wunderte sich darüber, daß die deutsche Regierung niemanden zur Wahrnehmung ihrer großen Interessen nach Rußland geschickt habe. Alle Ausländer, deren Regierungen nicht im freundschaftlichen Verhältnis zu Rußland stehen, müssen jetzt besonders große Kriegskosten leisten. Er empfiehlt deshalb, daß man von schwedischer Seite irgend eine Verbindung mit den Russen aufrechterhält. — Petersburgs Bevölkerung wird von der Bolschewikwirtschaft nicht mehr wissen. Die Lage der früheren Bürgerklasse wird mit jedem Tag verzweifelter. Viele sterben des Hungers, andere retten sich durch Anschlag an die Bolschewik. Das Elend wird gegenwärtig durch das Wüten schwerer Epidemien noch vergrößert. Die Zahl der Bevölkerung ist immer noch im Sinken, sie dürfte jetzt zwischen 500 000 und 700 000 schwanken.

teilung darüber, ob der Generalstreik sich gegen die sozialdemokratische Partei richte, wie der kommunistische Redner behauptete. Nach langen hitzigen Auseinandersetzungen wurde mit großer Mehrheit eine Erklärung angenommen, nach der sich der Streik nur soweit gegen die Regierung richte, als es sich um die Erfüllung der am vorigen Tage formulierten Bedingungen handelt. Mit knapper Mehrheit wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, die Streikforderungen durch eine Verhandlungskommission (nicht offiziell) zu übermitteln. Die Aufhebung des Belagerungsstatus wurde in die Streikforderungen aufgenommen.

In der Kommunistenversammlung am 3. März erklärte ein Redner, es seien noch viel zu wenig Opfer gefallen. Ist wenn es Tausende wären, würde es besser sein. Das könne in diesem Nachhinein werden. Es würden sich auch schon welche finden, die Ebert, Scheidemann und Koste richten.

Wie ein Augenzeuge dem „Vorwärts“ berichtet, stellten am Alexanderplatz Radfahrer ein Militärkontingent an, und rissen die beiden Infanterien heraus. Der eine wurde sofort zu Boden geworfen und noch, als er blutüberströmt lag, von allen Seiten mit Steinen und Schlägen bedacht. Der andere suchte zu flüchten, wurde aber von einer dichten Menschenmenge verfolgt, eingeholt und buchstäblich in Stücke gerissen. (?)

In der Sitzung der Groß-Berliner Arbeiterzelle brachte Müller mit einer bedeutenden Verstärkung der Streikfrage. Man diskutete sich darüber, daß die Buchdrucker sich gegen den Streik ausgesprochen haben, und drohte mit einem Streik der Fechtzettelarbeiter, der von diesen jedoch abgelehnt worden ist. Mitgeteilt wurde auch, daß die Berliner Gewerkschaftskommission sich die Streikforderungen zu eigen gemacht hat und die Streikforderungen ausgegeben habe. Dazu ist zu bemerken, daß dieser Beschluß der Gewerkschaftskommission mit knapper Mehrheit gefaßt wurde und daß die Gewerkschaftskommission eine große Anzahl unabhängiger Angehöriger. Mitwöchentlich traten die sozialdemokratischen Parteifunktionäre und Vertrauensleute zusammen. Ratskrieger in Weimar war, hielt die Zusagen der Regierung für durchaus befriedigend und trat dafür ein, mit einer unbedingten Stellungnahme zum Streik zu warten, bis die Ordnung der Arbeiterräte wieder aus Weimar zurück sei. Am Sonnabend soll dann in einer neuen Versammlung der Parteifunktionäre entschieden werden. Die Abordnung ist bereits zurückgekehrt. Das Ergebnis ihrer Verhandlungen teilen wir in einem besonderen Artikel mit.

Zu Blutvergießen kam es beim Polizeipräsidium, wo Spartakisten ein Mädchenemblem in Stellung brachten. Unter dem Schutze der Mauer schlich sich ein Mann an eines der Tore des Polizeipräsidiums und sprengte es mit einer Handgranate, wobei mehrere Personen leicht verletzt wurden. Der Täter wurde sofort niedergeschossen. Es setzte darauf von den Dächern der gegenüberliegenden Häuser eine lebhaft Schießerei gegen das Präsidium ein, die von den Regierungstruppen beantwortet wurde. Die Mädchenemblem der Spartakisten wurden niedergeschossen und der Alexanderplatz geräumt. Die ganze Sache hatte einige Stunden gedauert und hatte auf Seiten der Regierungstruppen einen Toten und mehrere Verwundete zur Folge.

Zu hüttemischen Kundgebungen der Spandauer Arbeiterschaft gegen den Generalstreik kam es am Mittwoch. Ueberall wurde die geheime Abstimmung über den Streik in den nächsten Tagen durchgebrochen. Die in die Fabriken nicht eingelassenen Arbeiter hüttem die Eingänge und verschafften sich gewaltsam Eintritt. In Spandau ist durch die Unterbindung des öffentlichen Stromes der Betrieb in den meisten Fabriken stillgelegt. Die parteiatischen Arbeiter des Kreisstrafwerkes terrorisierten. Hierdurch können in Spandau die Zeitungen nicht erscheinen. Sie geben teils nur kleine Nachrichten heraus, wie sie im Handbetrieb hergestellt werden. Sonst ist alles ruhig.

Die Situation in Leipzig ist nach einer Meldung der „U.“ außerordentlich ernst und die Spannung nimmt ständig zu. Einmal ist die Frage der Lebensmittelversorgung für die nächsten Tage sehr zweifelhaft geworden, denn die regierungstreuen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter weigern sich, Lebensmittel nach Leipzig zu befördern. Eine andere erhebliche Gefahr droht durch das Geldbedürfnis der Streikleitung. Die Streikleitung hatte die Banken aufgefordert, ihre Betriebe wieder aufzunehmen, da aber die Bankbeamten sich weigern zu arbeiten, wenn nicht die Gas-, Elektrizitäts- und Lebensmittelversorgung sichergestellt wird, ist die Erfüllung der Banken in Frage gestellt. Sie hat Dienstag mit den Banken verhandelt, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Barrikade des Bahnhofes von Halle sind mit Waren aller Art angefüllt, die aus den Warenhäusern und anderen Geschäften Halles durch Spartakisten geraubt worden sind. Es befinden sich unter diesen Waren nicht nur Lebensmittel, sondern zahllose Gegenstände des Luxus. Wie den „U.“ gemeldet wird, ist namentlich die ganze Stadt befeuert und bereits eine Reihe von unmittelbaren Märdern dingfest gemacht worden.

In Königsberg soll vom Generalstreik abgesehen und die Arbeit heute wieder aufgenommen werden.

## Die weiteren Sozialisierungsmaßnahmen.

Aus den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft und der Regierung ergeben sich für die nächste Zeit folgende gesetzgeberische Absichten der Regierung:

1. Arbeiterräte. a) Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessensvertretung grundsätzlich anerkannt

und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden sofort in einem besonderen Gesetze geregelt. b) Für die einzelnen Betriebe sind die Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. c) Zur Kontrolle der Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerkschafts- und Betriebsgemeinschaften gewählt, wozu Unternehmer- und Betriebsarbeiter, Arbeiter und Angestellte sowie Arbeitgeber in der Arbeitnehmerorganisation mitwirken. d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeiterräte (Arbeitskammern) für das ganze Reich ein Zentral-Arbeitsrat gebildet. (In den Bezirken und Zentralarbeitsräten sollen alle selbstständigen Arbeitgeber und Zentralarbeitsräte sowie Beamte usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei den Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe mitanzugehen. Sie haben weiter alle wirtschaftssozialpolitischen Angelegenheiten und des Reichs, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor Einbringung wirtschaftlicher sozialer Gesetze hören.

2. Das Arbeitsrecht. Das Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziel der Schaffung demokratisch konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierung. a) Bericht der Vorschläge der Sozialisierungskommission wird sofort veröffentlicht. b) Sozialisierungsplan. Das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft wurde von der Reichsregierung im Staatsauschuss bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlussfassung unterbreitet. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen werden unter Zustimmung von Sachverständigen der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen.

4. Militärisches. Alle nach dem allgemeinen Strafgesetz strafbaren Handlungen werden auch bei den Militärpersonen bürgerlichen Gerichten zugewiesen. Ein dementsprechendes Gesetzentwurf wurde von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angefündigt und wird mit Beschleunigung fertiggestellt.

5. Lebensmittelversorgung. Die Regierung arbeitet bereits an, daß die Lebensmittel unter Ausschaltung jedes unnötigen Zwischenhandels durch Vermittlung der Gemeinden an die Konsumenten verteilt werden. An einer Verbesserung der Lebensmittelversorgung wird dauernd gearbeitet.

## Die Lebensmittel-Verhandlungen.

in Spaa haben am 4. März begonnen. Ueber die teilweise Belieferung Deutschlands und die Ablieferung der Handelsflotte wurden den Deutschen zwei Memoranden überreicht.

Admiral Hope erklärte, seine Zeit sei bemessen, übermorgen müßten die Verhandlungen beendet sein. Im übrigen möchte er klar zu verstehen geben, daß man nicht erlauben werde, irgendwelche Nahrungsmittel nach Deutschland gelangen zu lassen, bis ein bedeutender Fortschritt in der Uebergabe der deutschen Handelsflotte gemacht worden sei. Es müßte daher sofort die Versicherung der deutschen Regierung erfolgen, daß sie das Nötige für das Auslaufen der Flotte tun und die gesamte Handelsflotte unter Kontrolle der Alliierten stellen werde. Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß alle Alliierten entgegen den deutschen Wünschen nicht die Absicht haben, über die gesamte Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu verhandeln, sondern die Meiste, bereits versprochene Teillieferung von 270 000 Tonnen machen zu wollen. Darüber hinaus wollen sie Deutschland die nur noch ziemlich verbrauchte Teillieferung von 100 000 Tonnen aus Argentinien ermöglichen. — Admiral Hope erklärte, daß im Vertrage nichts von der Höhe der Lebensmittellieferung stehe. Es sei seine Rede davon, Deutschland oder irgend sonst jemand bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Der englische Delegierte Raynes fügte hinzu, die Entente lege größten Wert darauf, daß Deutschland eine Vorleistung mache. Die Entente habe beschlossen, nicht über mehr zu verhandeln, als über die Menge von 270 000 Tonnen. Auch diese Menge könne Deutschland nur auf dem Wege der Ablieferung der Schiffe erhalten. Wenn die Schiffe abgeliefert seien, werde dieser prinzipielle Standpunkt die Vertreter der Entente nicht hindern, in eine technische Besprechung über weitere Lieferungen an Deutschland einzutreten. Der deutsche Delegierte erklärte, daß die Auslieferung der Flotte nach dem Vertrage nur erfolgen solle, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands sicherzustellen. Der Abschluß über die Gesamtversorgung Deutschlands wäre eine dazu notwendige Vorbedingung. v. Braun machte auf die politischen Gefahren für die Verbreitung des Bolschewismus in Europa aufmerksam, die aus der ablehnenden Haltung der alliierten Regierungen folgen müßten. Deutschland habe das größte Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen. Es sei fest entschlossen, mit der Auslieferung der Schiffe sofort zu beginnen. Die deutsche Regierung könne die Verantwortung aber nicht übernehmen, die Flotte herzugeben, ohne eine Lebensmittelversorgung für die hungerrnde deutsche Bevölkerung geordnet zu haben.

Infolge dieser Vorgänge in Spaa fand in Weimar eine Sitzung des Kabinetts statt, als deren Ergebnis eine Instruktion nach Spaa an unsere Unterhändler ergangen ist.

## Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

33. Fortsetzung. (Kochtopf verboten.) Das, was sie ihm anfanglich hoch angedrungen hatte, seine fast präde Zurückhaltung, verlor in der herabgehenden Gleichmütigkeit und Andauer gänzlich an Wert, es wurde langweilig. Nach mancherlei vergeblichem Hin- und Herfragen, wie sie ihn wohl gegen sich ein bißchen mobiler machen könne, beschloß sie, keine nachsahende unerwarteterlei Gleichgültigkeit ihr gegenüber einzunehmen, sondern eine gewisse Bestenheit zu lassen. Hatte sie doch ihr Interesse für ihn schon des längeren in eine christliche Jungenschaft umgewandelt. „Herr Cornelius“, erzählte sie ihm, während sie eben wieder einmal seinen Schlipf geruberte, „ich stehe vor der Entscheidung, meinen Kontrakt hier zu erneuern oder — nach Wien zu gehen. Was raten Sie mir?“ „Da gehen Sie natürlich nach Wien.“ „Was?“ „Bögern Sie keinen Moment, zu unterschreiben.“ „Wie?“ „Küßte sich vor Jennys ob dieser fastläufigen Entscheidung, empfand, wie er eine ewige Trennung auf die leichte Achsel nahm. Sie hatte Mühe, die ihr über die Stirne schleichende Träne zu unterdrücken.“ „Das — das ist Ihnen wohl ganz — ganz gleichgültig?“ „Vollkommen.“ „Wohl vollkommen — vollkommen gleichgültig?“ Sie hörte es fast konzentriert berührt. „Vollkommen.“ Er zog einen schon geöffneten Brief aus der Tasche. Ob Sie mit ihm in Wien oder hier die Rollen überhöre, Jennys gilt doch eine.“ Er entfaltete einen Engagementvertrag, den er ihr reichte. Heute früh gekommen, Hofburg, auf fünf Jahre.“ „Verbleib hand keine kleine Freizahl. Aus hatte er Kontrakt nach Wien, je nicht, denn der übrige war doch bloß fingiert.“ Sie gefand sich zu, schwer war es, mit ihm fertig zu werden. Es hielt er war, kaum zehn Zentimeter größer als sie, — er hatte immer noch, sehr alles durch. Der Vertrag, den man ihm da gab, war vorzüglich.

„Wo gehen wir beide denn nach Wien, Jennys?“ fragte er, ihr das Papier, nachdem sie gelesen, wieder abnehmend und sie klar fixierend. Sie aber stand verlegen da, ihr Auge suchte den Boden. „Nein, Herr Willi, Sie allein, nicht ich, denn — der Wahrheit die Ehre — mir würde gar kein Angebot.“ „Sieh, sieh, ein kleiner Schwindel also?“ fragte er schelmisch, sie zum erstenmal unter das Kinn fassend und ihren Blick zur Begewung mit dem feinen zwingend. „Willeh, kleine Köhlanb, daß Sie in — meinen Vertrag mit einträten?“ „Was war das? Sie mit in meinem Vertrag? Was sollte das heißen?“ „Was konnte es anders als —!“ „Eine Botschaft beehren Gläserpfändens teilte sich jetzt aus Jennys milden blauen Augen den feintgen mit, die dunkel leuchteten.“ „Ich bin noch minderjährig“, entgegnete sie bebend, „bedarf noch des Konsentes meiner Mutter.“ „Unbedarft, den holen wir uns. Doch hat das noch ein wenig Zeit. Zunächst die Hochzeit der Daniela Herzog, die wir mitzujelers eingeladen werden.“ „Wer, Sie und ich?“ „Ich und Sie. Gestern sagte mir's die Braut.“ „Eine mächtige Freude, die zu dem eben empfangenen ungeheuren Glück nun auch noch Jennys Herz berührt. Wenn auch sie an dem Tage der Hochzeit dann Franz würde — — befestigender Gedanke!“ „Und wann heiratet Daniela?“ „Den dritten Juli, glaub ich, vorate sie.“ „Kösch den Kalender her. Was für ein Tag ist das?“ — „Wohl heute schon. Heber den Kalender gebeugt, vermittelte er am Tisch. Ihn zu assistieren trat auch Jennys herzu, drüht an ihn heran.“ „Körper an Körper haben sie eng aneinandergelehnt. Der junge Mann schloß ihre zarten runden Glieder fest an sich, er atmete den Duft ihres blonden, den Hauch ihres Atems, das Wogen des Hakens und — —“ „Da war es auch um ihn und seinen „Anstand“ im Sinne Jennys gefahren. Er wandte sich um, kloß das Knie in die Arme und — sagte sie.

17. Mehr als einen Erfüllungsaft ehelichen Gelübisses war sich Daniela Herzog bewußt zu vollziehen, als sie am dritten Juli in der Paulstraße der Residenz dem Frankfurter Kapellmeister Hans Kobaschek die Hand zum Bunde fürs Leben reichte. Gewiß, sie liebte Hans trotz seiner großen Verfehlungen gegen die nun vor erlichen Wochen schon ins Jenseits hinübergeschlummerte Frau Merly noch immer aufrichtig, aber ein Stück menschlicher Großart, weiblicher Hohergigkeit ging doch gewiß neben der Liebe mit, wenn sie, ohne ihm eine beschämende Mitteilung, geschweige denn einen Vorwurf zu machen, sein illegitimes Kind wie selbstverständlich mit in die junge Ehe nahm. Das aber wirklich zu tun, hatte sie vor, nachdem sie der kranken Mutter in die erhaltende Hand gelobt hatte, sich des Kindes wie ihres eigenen anzunehmen. Was war alles seit jenem schrecklichen Moment, da Frau Merly ihr Kobascheks Bild als das ihres leichtfertigen Geliebten und das des Vaters von Bertie zeigte, in Danielas Innerem vorgegangen! In der ersten fürchterlichen Erregung, im hellen flüsterlohen Jora des Augenblids wollte sie ihrem kaum nach Frankfurt abgeschickten Brief der Herzlichkeit und hingebenden Liebe ein Telegamm des Inhalts, daß alles zwischen ihnen aus sei, folgen lassen. Dann kam Schmerz, Jammer über sie, die sich ausweiteten, um später einer etwas kühleren Erwägung Raum zu geben. Hans war damals noch sehr jung gewesen, ein junger Künstler, aber eben, deren wenigste im Stadium ihrer beruflichen Entwicklung den Ehrentitel eines Leutnants für sich in Anspruch nehmen konnten. Auch lag sein ursprüngliches Vergehen weit vor ihrer Verlobung, vor ihrer Heirat zurück und das — es wog gewiß zu seinen Gunsten. Was gab's, wenn alle Bräute am Hochzeitstage erführen und mit dem rechten wählten, was ihre demnachstigen Männer früher einmal oder öfter getrieben haben? Es war doch bloß ein unfeliger Zufall zu Hansens Augenpaar, daß sie seiner Vergangenheit heitsfunde auf die Spur gekommen war, gewiß, ein purer Zufall. — Ohne ihn hätte er schadenlos da. Folglich — allzuhart durfte sie bei der Aburteilung des Falles nicht mit ihm ins Gericht gehen. Heute, das stand fest bei ihr, würde er anders handeln, anders über seine damaligen Handlungen denken. Fortsetzung folgt.



England.

Ueber den kommenden Frieden sprach Churchill im Unterhaus. Er sagte, die Offensivarmee am Rhein dürfte bis Ende 1920 aufrecht zu erhalten sein.

Lord George über die Weltlage. Der Premierminister hielt vor Arbeitern und Unternehmern eine Rede, wobei er ausführte: Rußland ist in Trümmern gefallen und es ist kein Anzeichen dafür vor, daß es mit Deutschland einen Frieden eingehen wird.

Aus Südbad und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 6. März. Sozialdemokratische Bürgerpartei. Freitag, 7. März. Nächste Sitzung Montag, 8. März.

Eine öffentliche Kellnerversammlung beschäftigte sich am 4. ds. Mts. mit dem Thema: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gastwirtsberuf.

Wie eigenmächtig manche Arbeitgeber vorgehen, ohne sich um die bestehenden Sitten und Abmachungen zu kümmern, möge folgender Vorfall beweisen: Im hiesigen Hafen liegt z. Bt. der mit Kohlen beladene Dampfer „Spitzberg“.

Die Wohnungsanordnung des Demobilisationskommissars ist vielfach eine zunächst unbegründete Sorge wäckerufen. Es ist unangenehm, daß auf Grund der Anordnung alsbald eine Massenquartierung erfolgen werde.

Was zu erwarten war! Seit dem 15. Januar haben wir die Straßenzüge für Süßigkeiten, nachdem bis dahin Ladengeschäfte und Straßenhändler Gelegenheit genug hatten, ihren „Erwerbssinn“ zu betätigen.

den. Den Verbrauchern, die weder die hohen Preise für Süßigkeiten noch die für das Gebild anzulegen vermögen, könnte es ja ziemlich gleichgültig sein, ob sie unerwünschte Kuchen oder Bonbons nicht kaufen können.

Erinnerung an wichtige Arbeiten im Gemüsegarten. Der Märzmonat bringt uns schon reichlich Arbeit. Sobald es die Witterung zuläßt, erledigen wir die im Vormonat der Kälte wegen zurückgebliebenen Arbeiten.

Die Wiedereinführung der Sommerzeit war nach Blättermeldungen bereits für den 2. März d. J. geplant worden. Das hat sich aber als feste Ente erwiesen.

Freigabe der Nadelmünzen. Nachdem die Gründe für die Einziehung der Nadelmünzen weggefallen sind, sind die Nadel-, Zehn- und Fünf-Pfennig-Stücke von den Banken und öffentlichen Anstalten nicht mehr zurückzuhalten.

Die Wiedereinführung der Sommerzeit war nach Blättermeldungen bereits für den 2. März d. J. geplant worden. Das hat sich aber als feste Ente erwiesen.

Diebstahl ohne Ende. In der Nacht zum 5. ds. Mts. sind einem Landmann in Niederbüßau mittels Einbruchs folgende Sachen gestohlen worden: ein neuer dunkler Herrenpaletot mit dunklem Futter.

Diebstahl. In der oberen Holfenstrasse wurde heute in den frühen Morgenstunden ein Kuchladen mit einem Hahn und zwei Hennen gefunden, deren die Kehle abgehauen war.

Steabriefling. Ermittelt und festgenommen wurde ein Kellner aus Jüterburg, der seitens der Staatsanwaltschaft in Gützow wegen Diebstahls steabrieflich verfolgt wurde.

Verhaftete Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurden ein Arbeiter und ein Schlosser von hier, die in das Geschäftshaus eines Kaufmanns in der Bahmstraße eingebrochen waren.

Ermittelt und festgenommen wurde eine Arbeiterin, die seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls steabrieflich verfolgt wurde.

Hamburg. Auf der Flucht erschossen. Drei halbwüchsige Burschen, von denen zwei der Polizei als Kartoffeldiebe bekannt sind, schlüfen am Dienstagabend in einem am Sandort bei gelegenen Lagerraum die an der Wasserseite befindlichen Fenster.

Hamburg. Auf der Flucht erschossen. Drei halbwüchsige Burschen, von denen zwei der Polizei als Kartoffeldiebe bekannt sind, schlüfen am Dienstagabend in einem am Sandort bei gelegenen Lagerraum die an der Wasserseite befindlichen Fenster.

halten. Zwei der Diebe sprangen dort aus dem Fenster, worauf einer der Soldaten einen Schuß abgab, der aber einer der auf dem Hofe stehenden Diebe traf.

Hamburg. Die Bürgerpartei beantragte gestern die Beratung des Staatsratsbeschlusses für 1920 und richtete das Verlangen an den Senat, in den hiesigen Schulen den Religionsunterricht sofort wiederherzustellen.

Kiel. Generalfreik in Kiel - verworfen. Die K. B. A. erfahren aus Kiel: In Kiel, wo die Spartakisten sich eifrig bemühen, die Arbeiter zum Generalfreik aufzuwecken, haben sie einen völligen Mißerfolg zu verzeichnen.

Ottendorf. Großfeuer. Im benachbarten Dorfe Imkau brannte das Besitztum des Landwirts August Brückner total nieder, weil es der Feuerwehr bei der höchsten Wegebefähigung nicht möglich war, die etwas abseits liegenden Baracken zu erreichen.

Theater und Musik.

Stadttheater. Drei Einakter von Ludwig Thoma, dem ehemaligen württembergischen Ministerpräsidenten, der so gern über die heuchlerischen schwarzen Zentrumsleute die verächtlichsten Satire seines Spottes goß und nun selbst bei ihnen gelandet ist.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 7. März. Der Streit in den Zeitungsbetrieben ist seit heute ein allgemeiner. Infolgedessen sind die Morgenausgaben der Berliner Blätter nicht erschienen.

Halle, 7. März. Der Aktionsausflug des hiesigen Bürgervereins fordert die Bürger auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Telegraph und die Postämter haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Berlin, 6. März. Am Mittwoch ist der Grubenstreik in Obersachsen von neuem entbrannt. Bisher beteiligt sich jedoch nur eine kleinere Anzahl von Gruben an den Ausfall.

Weimar, 6. März. Die drei Mehrheitsparteien haben in der Nationalversammlung folgende Interpellation eingebracht: „Die in Deutschland vorhandenen Lebensmittelvorräte reichen nicht aus, um das deutsche Volk bis zur Einbringung der neuen Ernte zu ernähren.“

Weimar, 6. März. In den Kreisen der preussischen Regierung besteht die Absicht, die preussische Nationalversammlung für Anfang nächster Woche nach Berlin einzuberufen.

Berlin, 6. März. In Paris ist die deutsche Delegation eingetroffen, der sich drei frühere schleswiger Vertreter der Dänen im Reichstage und preussischen Landtage als Beisitzer angeschlossen haben.

Streits in Spanien. Genf, 6. März. Die Lage in Spanien spitzt sich von Tag zu Tag. Der „Tempo“ meldet Streits im ganzen Lande.

Genf, 6. März. Die Lage in Spanien spitzt sich von Tag zu Tag. Der „Tempo“ meldet Streits im ganzen Lande. In Barcelona haben die Tabakarbeiter und der größte Teil der industriellen Betriebe die Arbeit eingestellt.



# Aus der Partei.

Ein neuer Mitarbeiter. Das bisherige bürgerliche „Halberstädter Tageblatt“ ist in den Besitz unserer Partei übergegangen und vertritt seit dem 1. März die Ziele des schaffenden Volkes.

## Kommunales.

**Bezirker Sozialisierungsanstrengungen.** Die beiden sozialistischen Stadtverordnetenfraktionen von Berlin haben den dringlichen Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, mit der Stadtverordnetenversammlung in gemischten Deputationen über Maßnahmen zu beraten, um in den dazu reifen Wirtschaftsbetrieben eine Sozialisierung in möglichst kurzer Zeit durchzuführen. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Stadtverordneten- und Gemeindevorsteherfraktion von Groß-Berlin haben beschloffen, von der Regierung Auflösung der Magistrate und Gemeindevorstände zu verlangen.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.)

### Die erhöhten Grünkohlpreise.

Auf Bekanntmachung hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst den Erzeugerhöchstpreis für „Grünkohl“ auf 14 Mark bezw. 13,50 je Zentner erhöht. Angeblich sind in diesem Jahre noch jetzt größere Mengen an Grünkohl vorhanden, für die sich infolge längerer Aufbewahrung der erhöhte Preis rechtfertigt. — Warum aber denn noch so große Mengen Grünkohl vorhanden? Weiß die Erzeuger, wenigstens die hiesigen, denselben nicht an den Markt

brachten! — Weshalb geschah dies nicht? Weil den Erzeugern der bisherige Höchstpreis nicht hoch genug war! — Es herrschte bislang ein Mangel an Grünkohl; nur ganz geringe Mengen kamen zum Ankauf. Da nach dem 7. März 1919 eine weitere Erhöhung nicht mehr für den durch vorjährigen Anbau erzeugten Grünkohl zu erwarten ist, wird ein anderes Anzeihen erfolgen. Zu wünschen wäre nur, daß die Konsumenten nun nicht le dum sind und die heuchlerische längere Aufschüßelung durch starke Einkäufe illusorisch machen.

### Die Behandlung im Krankenhaus

Läßt Kriegsschädigten gegenüber manches zu wünschen übrig. So war mir als Lungenkranker Weichbrötchen verschrieben, das ich jedoch mit der kindigen Bemerkung oft nicht erhielt, es sei keines da. Und der Arzt, ein früherer Stabsarzt, erklärte sich zu der ungeschickten Bemerkung: „Nehmen Sie sich an die Gurgeln an!“ Daß ein Arzt einem Kriegsschädigten, der sich im Felde lebensgefährliches Siechtum zuzogegen hat, eine solche Antwort geben kann, ist unerhört. Ist dies der Dank der Heimat? Es wird höchste Zeit, daß hier im Krankenhaus endlich einmal Einheitsregeln ausgearbeitet wird, damit der arme Soldat nicht mehr für seine Lebensmittelfarten erhält als jeder andere Kranke.

### Wo bleiben die Eier?

Mit unserer Lebensmittelversorgung sieht es trübselig aus. Die Frau weiß nicht mehr, was sie kochen und die Familie nicht, was sie essen und wovon sie satt werden soll. Der Schleichhandel aber hat Hochsaison! Von hinten herum ist alles zu haben: Schinken, Speck, Butter, Eier und sonstige Herrlichkeiten! Seitdem der Frostwetter aufgehört und mildes Wetter eingetreten ist, legen sich die Hühner wieder. Wir haben ja auch Eierarten, aber die Eier werden noch lange auf sich warten lassen und wer nicht über einen reichlich gefüllten Geldbeutel verfügt, der wird auch dieses wertvolle Nahrungsmittel nur sehr mühselig erhalten. Vom Landes-

versorgungsamt ist eine lange Verordnung für die Hühnerhaltung erlassen, aber was nützen Verordnungen, wenn sie nicht gehalten werden! In dem an der Hamburger Bahnstraße gelegenen Eiermarkt gibt es Eier für 1 Mk. das Stück genau zu kaufen. Dabei wird von den Verkäufern erklärt: Die Hamburger Hühner um 1,50 Mark. Eine andere Frau daselbst verkauft sie für 1,20 Mark, aber nur wenn Käufer dafür ansetzen wird. In dem benachbarten Marktbura erhält man sie auch wohl schon einmal für 70 oder 80 Pf. Man muß kräftig durchwetteren, daß die Eier abgekauft werden der Schleich- und Lauschkhandel mit endlich aufhören. Auch in der Butter wird unerhört Schleichhandel getrieben. Bis jetzt hat man aber nur die kleinen Leute, die sich einmal in der Marktbura etwas geholt haben. Wackerer und Schleichhändler aber betreiben ihr Handwerk weiter fort. Vielleicht erleben wir es auch hier noch, daß ein Ei auf den Markt kommt. W.

## Literarisches.

„Das mehrerlei Gesicht des Bolschewismus“! Tatsachenberichte — Bilder aus den bolschewistischen Provinzen. November 1918 — Februar 1919. Von Fritz Richter-Ring. Preis 50 Pf. Kommissionsverlag: Berlin 1919. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 114. Man muß gute Nerven haben, um diese erschütternde Prosa zu lesen, die ihre beängstigenden neuen photographischen Aufnahmen ruhig betrachten zu können. Es ist nur ein kleiner Auschnitt — die bolschewistische Provinz — aus dem Machtbereich der russischen Bolschewisten, der dargestellt wird, aber er genügt um zu zeigen, wie reich und erfolgreich die russischen Führer es verstanden haben, aus ihren unglückseligen rohen Nachläßern wilde Tiere voller Wut und Raubtier zu machen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: Th. Schwark, Trud. Artedr. Meiner & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

## Beschlagnahme Lebensmittel.

Von der Polizei-Abteilung des A. und S.-Rates wurden mit den Beamten der hiesigen Kriminalpolizei bis zum 13. Febr. 1919 folgende Sachen beschlagnahmt:

Schmalz	1056 Pfd.	Saferklofen	90 Pfd.
Rindfleisch	7880 "	Bohnen	37 "
Rohfleisch	117 "	Erbsen	35 "
Rauchfleisch	350 "	Käse	208 "
Schmalz	60 "	Butter	20 1/2 "
Wurst	10 "	Schmalz	21 "
Leberwurst	11 "	Falg	20 "
Käse	415 "	Eier	393 Stk.
Gerste	735 "	Gänse	18 "
Häfer	1285 "	Finten	10 "
Weizenmehl	778 "	Hühner	70 "
Kartoffelmehl	255 "	Ruder	424 Pfd.
Gerstenmehl	6 1/2 "	Knoblauch	37 "
Kartoffelmehl	32 "	Kornten	3 "
Weizenstroh	30 "	Porbeerbätter	12 "
Kartoffelrot	220 "		

Außerdem sind noch kleinere Mengen Lebensmittel sowie verschiedene Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände beschlagnahmt und ordnungsgemäß laut Empfangsbescheinigung den zuständigen Stellen zugeführt worden.

## Arbeiter- und Soldatenrat.

10097) Abtl. Postel, Christians.

## Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für Zugsgegenstände im Monat Februar ds. Jrs. sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats März ds. Jrs. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vordrucke können im Steueramt, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden. Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Lübeck, den 4. März 1919. (10095)

## Das Umsatzsteueramt.

## An die landwirtschaftlichen Arbeitgeber!

Das Arbeitsamt ist bemüht, der Landwirtschaft die erforderlichen Arbeitskräfte zu vermitteln. Vertreter der Arbeitgeber unterliegen diese Bemühungen. Eine sorgfältige Regelung aller Anträge ist aber nur zu erwarten, wenn der Bedarf an offenen Stellen frühzeitig angegeben wird.

An die landwirtschaftlichen Arbeitgeber ergeht daher die Aufforderung, ihren Bedarf an Arbeitskräften für die nächsten Wochen unter genauer Angabe der Arbeitsbedingungen unverzüglich dem öffentlichen Arbeitsnachweis in Lübeck, Unterstraße 104, (Fernsprecher 1055-61) mitzuteilen.

Die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises wird von dem bei dem Demobilisationskommissar gebildeten landwirtschaftlichen Ausschuss, der sich in gleicher Zahl aus landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern zusammensetzt, unterstützt.

Lübeck, den 5. März 1919. (10098)

## Dr. Link,

Stadtkommissar für die wirtschaftliche Demobilisation.

Lübeck, den 5. März 1919.

Die Ausfuhr von Pferden aus der Provinz Lübeck ist ohne Erlaubnis des Landesvorstandes verboten.

## A. u. S.-Rat.

Fick, Esch.

## Cardesvorkand.

Mahls edl. (10092)

## Eierverkauf

Am Freitag, dem 7. März, von 8-10 1/2 Uhr für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben F-K, Sonnabend, den 8. März, von 8-10 1/2 Uhr für L-Q im Gildesaal Lübeck.

## Stadtmagistrat Bad Schwartau.

(Ernährungsfragen). (10099)

Fracke.

Ein sehr hübscher Mantel für zweifache Kind zu verkaufen. (10091) Glanbacher, 36. III.

Zu verkaufen eine hübsche, Preis 25 Mk. (10103) Königstraße 107, II.

Eine sehr hübsche, Preis 25 Mk. (10104) Königstraße 107, II.

Ein sehr hübscher Mantel für zweifache Kind zu verkaufen. (10091) Glanbacher, 36. III.

Nach längerer schwerer Krankheit entschlief sanft und ruhig mein lieber Mann, unser guter treuer Vorgesetzter und Großvater

**Heinrich Grabow** im 68. Lebensjahre. Tief betrauert und schmerzlich vermisst. (10094) Frau Wilhelmine Grabow geb. Schröder n. Kindern. Geeren, 4. März 1919. Die Beerdigung findet am Sonnabend, 8. März, nachmittags 2 Uhr in Katesau statt.

## Sozialdemokratischer Verein Lübeck Ortsgruppe Rotsting.

Am 3. März starb unser treuer Genosse

**Johannes Lembcke.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, dem 7. März, nachm. 3 Uhr in Genin statt. (10083)

Sammeln der Genossinnen und Genossen um 2 Uhr im Kaffeehaus Rotsting. Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die reichen Kranzspenden beim Tode unseres kleinen Lieblings sagen wir unseren Dank (10101)

**C. Stegmann und Frau.**

**Süchtiges Mädchen** gesucht zum 1. April oder Mai auf einem mittelgroßen Hof bei gutem Gehalt. (10077)

**G. Schröder,** Schleier bei Jarpen. Ger. 3. port. in rauchlosem Haus halt tüchtige Haushälterin, d. auch kochen kann. Ang. u. L. B. 2 a. d. Gr. d. Bl. (10091)

**Haus zu kaufen** gel. t. d. Nähe der St. Gertrud-Schule, welches sich für Geschäft eignet. Ang. u. L. B. 5 a. d. Gr. d. Bl. (10073)

Zu vermieten ein möbl. Zimmer zu vermieten an zwei Genossinnen, eventl. mit Küchennutzung. (10085) Karpenstraße 23.

Wine der Stadt ein Haus mit Laden zu kaufen oder zu mieten gesucht, während als Milchgeschäft. Ang. unt. K. R. 5 an die Gr. d. Bl.

Verloren am Dienstagabend ein Kompadour mit Inhalt von Rücherrst. b. Hüterdamm. Geg. Belohn. abzug. Hückerstr. 6, port.

**Verloren 1 Kinderbrille.** Abzugeben gegen Belohnung. (10100) Wafenstr. 14, I.

Wo kann ein junges Mädchen das Schneidern erlernen u. unt. welchen Beding.? Ang. u. B. II an die Gr. d. Bl. (10087)

**Kastenblockwagen** besonders hart, billig. (10075) Beckergrube 5 II.

**Ohnsena** in allen Kolonialwaren- und Dekorationsgeschäften z. haben.

## Freiwillige 81. Infanterie-Brigade

gehört zur 17. Inf.-Div. — Unsere Grenzen sind durch Polen und Bolschewistische Heere bedroht.

**Wer Haus und Hof vor dem Glend Ruhrlands schützen will, melde sich sofort!**

**Eile tut not!** Ich rechne vor allem auf die Kameraden der 17. Reserve-Division.

Wo sind die bewährten Kämpfer von Weesen, Wollschlaete, Caskaule, Calfigny und le Cateau?

Wollt Ihr im Grenzschutz mitfehlen? Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften helft uns, eine disziplinierte Truppe nach den bekannten Bedingungen aufzustellen.

Abzeichen: Goldenes Ehrenkreuz am Kragen. Meldestellen: Freim. J.-R. 162: Catin bei III./162, Lübeck bei Reg.-Gesch. J.-R. 162 (Marikaerne) Freim. J.-R. 163: Neumünster bei Regts.-Geschäftszimmer.

Ferner: Hamburg, Wändelbergstraße 7 II. Lübeck, Menckstraße 4 bei Brig.-Geschäftszimmer. Militärpapiere mitbringen. Eisenbahnfahrkosten werden erstattet. (10098)

**v. Werder,** Oberst und Brigade-Kommandeur. Geldspenden für die Werbetätigkeit an Commerzbank Lübeck erbeten.

## Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie

Erläuterungen zum Erfurter Programm. Von Karl Kautsky und Bruno Schoenlank. — 50 Pfg. — Buchhandlg. Fr. Meiner & Co.

## Ledersohlen

(zusammengesetzt) haltbar wie wasserdichte Kernsohlen nur billiger bei C. Grimm Nachf. Leder- und Schärtehandlung. (10091)

## Gesangverein „Einigkeit“

**Großer Ball** mit Kappenfest Sonnabend, den 8. März 1919 im Lokale „Neulauerhof“.

Anfang 6 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand. (10093)

## KOLOSSEUM.

**Großer Ball** Morgen, Freitag: Anfang 6 Uhr. (10102)

## Zundfaden.

Die im Bereiche der Lübeck-Büchener und Catin-Lübeck Eisenbahnen in der Zeit vom 1. 10. bis 31. 12. 1917 gefundnen Gegenstände werden am 5. Mai 1919 von 9 Uhr vormittags ab versteigert, soweit bis dahin nicht zurückgefordert worden sind. (SS 950/1 B.G.B.)

Das Zundbureau der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft. (10096)

## Gesellschaft für Soziale Reformen Ortsgruppe Lübeck.

**Öffentliche Versammlung** am Sonnabend, dem 8. März, abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Ernestinen-Schule. (10090)

Vortrag des Herrn Professor Dr. Baumgarten-Riel: „Was nun?“ Nachher freie Aussprache.

## Hansa-Theater

Freitag: (10098) **Tanzabend Gertrud Falke** Sonnabend, abends 7 Uhr: Gastspiel Trude Steinagen

**Die lustige Witwe** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Dornröschen.** Abends: **Das Dreimäderlhaus.** Mit Edgar Pauly.

## Stadttheater Lübeck

Spielzeit 1918/19. (10097) Donnerstag, den 6. März: für die Schauspielergemeinde Rote Karten.

**Zwischenspiel** Komödie in 3 Akten von Arthur Schnitzler. Freitag, den 7. März: **Traviata.**

Sonnabend, den 8. März: **Die Fledermaus.** Sonntag, den 9. März, vormittags 11 Uhr: Kammerspiele Friedrich Neubauer: **Mutter.** Der Herrgottsbauer.

Nachmittags 3 Uhr: **Die spanische Fliege** Abends 7 Uhr: **Traviata.**